

## Aus Liebe zu M-V



**DIE LINKE lädt die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommern dazu ein, darüber zu diskutieren, wie unser Land in fünf bis zehn Jahren aussehen soll. Wir holen die Menschen von den Zuschauerrängen auf die Bühne, versprach die LINKE-Landesvorsitzende Heidrun Bluhm ein Jahr vor der Landtagswahl auf einer Veranstaltung in der Stadthalle.**

Unser Land kann mehr, unser Land kann es besser, ist unsere Partei überzeugt. Vor allem wird DIE LINKE immer wieder die Gerechtigkeitsfrage stellen: So kennt man uns, so darf man uns in Zukunft weiter erleben. Wir fordern 2.500 zusätzliche Altenpflegekräfte, Kampf gegen Kinderarmut (die Kosten für die Kita oder das Mittagessen dürfen das Familienbudget nicht auffressen), schnelles Internet nicht nur in den Städten sowie das Ende einer

Politik nach Gutsherrenart, die nur den Etablierten nützt und den Schwachen nicht hilft. Die SPD regiere wie ein verlängerter Arm der CDU. Unser Bundesland soll auch für potenzielle Rückkehrer und

kanntester und anerkanntester Politiker der LINKEN M-V“) zum Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl zu nominieren. Helmut forderte die Landesregierung in seiner sehr emotionalen und persönlichen Rede auf, sich für die Rettung der Werften zu engagieren. M-V brauche ein industrielles Rückgrat und eine starke maritime Industrie, ist der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag überzeugt. Er betonte zudem, dass Vorpommern in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht abgehängt werden darf. Dafür sind Investitionen nötig: Überschüsse im Haushalt dürfen nicht nur in die Schuldentilgung fließen. 50



Zuwanderer attraktiv werden. Dazu brauchen wir aber höhere Löhne. Heidrun Bluhm beendete ihre Rede mit dem Vorschlag, Helmut Holter („be-

Prozent in die Schuldentilgung, 50 Prozent in Investitionen – das will DIE LINKE im Wahlkampf propagieren. *Fortsetzung auf S. 3*



In der Rostocker Stadthalle stellte DIE LINKE ihre Wahlstrategie für 2016 vor. Mehr dazu auf Seite 3



Rostocker Linke reisten nach Griechenland und informierten sich vor Ort. Mehr dazu auf den Seiten 10-12



DIE LINKE war erstmals beim Klimaktionstag in der Langen Straße dabei. Mehr dazu auf Seite 15

## In dieser Ausgabe

Seite 2: Wohnen in Zukunft  
Seite 3: Aus Liebe zu M-V  
Seite 4: Nachruf  
Seite 5: Wohnen in Zukunft  
Seite 6: Bildungspolitik  
Seite 7: Volksentscheid  
Seite 8: Weltfriedenstag

Seite 8: Buchtipp  
Seite 9: Kreisparteitag  
Seite 10-12: Griechenland  
Seite 13: Inklusionstagung  
Seite 14: Seniorentag  
Seite 15: Veranstaltungen  
Seite 16: Flüchtlinge

Liebe Leserinnen und Leser, DIE LINKE nimmt einen langen Anlauf zur Landtagswahl 2016. Spürt Ihr Wechselstimmung in Mecklenburg-Vorpommern? Nein? Nun gut, dann brauchen wir die kommenden 12 Monate tatsächlich, um die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass die Landesregierung (übrigens SPD und CDU, das wissen viele gar nicht) unser Land nur verwaltet, aber nicht voranbringt. Und dass wir die besseren Alternativen haben. In dieser Ausgabe des KLARTEXT findet Ihr schon einmal Argumente für den Wechsel. Ganz nebenbei, die nächste Landtagswahl findet schon wieder im Sommer statt, wenn das Politikinteresse sich dem Nullpunkt nähert. Dann müssen wir im Wahlkampf (unter dem Motto „Aus Liebe zu

M-V“) richtig ranklotzen, um Verstand und Herzen der Menschen zu erreichen. Unser Genosse Ralf Malachowski hätte sich auf diese Herausforderung gefreut. Ruhe in Frieden, Ralf. Einen ausführlichen Nachruf findet Ihr in dieser Ausgabe.

Ein großes Dankeschön geht an die Teilnehmer der Solidaritätsreise nach Griechenland, insbesondere an Katharina Schlaack, die ihre Eindrücke mit uns teilt. Wenn Ihr diese Eindrücke noch vertiefen wollt, schaut in den Terminkalender auf Seite 15.

Freunde des Plattdeutschen müssen wir leider auf die nächste Ausgabe vertrösten. Trotzdem: Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

## KLARTEXT online

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, uns alle beschäftigt in den letzten Monaten sehr stark, wie es gelingen kann, allen Menschen, die auf der Flucht vor Not und Verfolgung, vor Krieg und Gewalt sind, bei uns im Land Zuflucht, Sicherheit, Hoffnung und Perspektive zu geben. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Solidarität, zu der wir uns als Mitglieder oder SympathisantInnen der Partei DIE LINKE immer wieder bekennen. Herzlichen Dank an alle, die sich seit Wochen und Monaten einbringen, die auf vielfältige Weise helfen und unterstützen.

Wir wollen Euch ermutigen, dies auch weiterhin zu tun. Es ist wichtig, über die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu reden, über Krieg und Gewalt und unsere langfristigen politischen Alternativen. Im Moment ist es ebenso wichtig, hier vor Ort zu helfen, sei es durch Spenden, Dolmetschen, Vermittlung, dem Einrichten von Unterkünften oder einfach durch Mut machen. Auch das Abbauen von Vorurteilen, z.B. durch Integration in Freizeitangebote, gehört dazu.

Viele Netzwerke, Koordinierungsgruppen oder Runde Tische haben sich im gesamten Bundesland bereits gebildet. Oft sind Politikerinnen oder Politiker der LINKEN die Initiatoren. Dies sind gute Beispiele. Bitte bringt Euch überall ein, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten.

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern, ein Land das stark von Abwanderung, alternder Gesellschaft, Fachkräftemangel und Wohnungsleerstand betroffen ist, muss Zuwanderung als große Chance begriffen werden.

Die Landtagsfraktion hat Lösungsvorschläge unterbreitet und – anders als z.B. Ministerpräsident Sattering – im Landtag klargemacht, dass es für uns keinen Unterschied gibt, ob jemand wegen Verfolgung, Krieg, Gewalt oder aus Hunger nach Deutschland kommt. Alle brauchen

die Unterstützung und alle haben das Recht, einen Asylantrag in Deutschland zu stellen.

Ab heute findet Ihr auf unserer Internetseite die Rubrik „M-V hilft“. Dort könnt Ihr Ansprechpartner vor Ort finden, wenn es um konkrete Hilfe für Flüchtlinge geht. Außerdem findet Ihr Hintergrundmaterial zu Vorurteilen und Fakten. Dies soll auch eine Hilfestellung sein, um sich in die Diskussionen im Dorf oder der Stadt einzumischen. Eure Beteiligung und Zuarbeit ist gefragt, um dieses Angebot und unsere Lösungsvorschläge gemeinsam weiterzuentwickeln.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Migration, Integration und Antirassismus wurde unter Federführung des migrationspolitischen Sprechers unserer Landtagsfraktion, Hikmat Al-Sabty, wieder ins Leben gerufen. Auch sie soll Plattform für den notwendigen Erfahrungsaustausch werden. Eine Resolution zum Landesparteitag am 7./8. November wird ebenfalls vorbereitet.

Selbstverständlich ist all das eine große Herausforderung, sie erfordert alle unsere Kräfte, unsere Ideen und unseren Einsatz. Dies ist zu bewältigen gegen alle Panikmache, Hetze und Rassismus. Auch für uns ist es eine Chance uns weiterzuentwickeln, offen zu sein für Neues und bisher Ungewohntes.

Es muss uns gemeinsam gelingen, ein Klima der Wertschätzung und des Respekts zu entwickeln. Wir müssen uns einmischen in Debatten oder Aktionen, die darauf angelegt sind, fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren. Stattdessen gilt es, den Geflüchteten eine Perspektive für ein gutes Leben in Mecklenburg-Vorpommern zu geben. Selbstverständlich treten wir rassistischen Mobilisierungen entgegen, die ihren traurigen Gipfel auch hierzulande in Anschlägen auf Asylunterkünfte finden. Zusammen mit anderen stehen wir für Menschlichkeit und Solidarität. Auf DIE LINKE soll Verlass sein, in Vereinen, Bündnissen, Parlamenten und auf der Straße. Engagiert Euch!

Mit solidarischen Grüßen  
Heidrun Bluhm und Helmut Holter

Großer Andrang herrschte am 19. September im Rostocker Intercity-Hotel bei der wohnungspolitischen Konferenz der Linksfraktion in Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen forum. Als Gäste waren der Geschäftsführer der NEUWOGES, Frank Benischke und der Architekt Thomas Kaase geladen, die zu neuen Wohnformen in kommunalen Unternehmen und dem sozialökologischen Wohnprojekt „Wohnquartier Werdervorstadt“ in Schwerin sprachen. Auch das Publikum war u.a. mit Doris Hildebrandt vom Mieterbund MV, Roland Blank vom Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) und Anita Tack, wohnungspolitische Sprecherin aus Brandenburg und dort ehemalige Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz versiert besetzt. Unsere wohnungspolitische Sprecherin, Regine Lück referierte über Wohnungsknappheit, Leerstand und Barrierefreiheit und deren Steuerbarkeit durch Land und Kommunen. Heidrun Bluhm als wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion sprach unter anderem über das neue Mietrecht und das neue Wohngeld sowie über den Rückzug des Bundes aus der gestaltenden sozialen Wohnungspolitik. Hier ist ein Auszug der angesprochenen Themen:

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist auch für die Wohnungspolitik derzeit ein wichtiges Thema, berichtete Regine Lück. Bereits 1000 Wohnungen wurden durch VNW-Unternehmen zur Verfügung gestellt, weitere 800 könnten bis Jahresende folgen. Beispielsweise verfügt die Schweriner Wohnungsgesellschaft über 18 Prozent Leerstand, verzichtet vorerst auf den Rückbau und richtet die Wohnungen für Flüchtlinge her. Nach Abschluss ihrer Verfahren beziehen die Migrantinnen und Migranten Grundsicherung. Dann brauchen diejenigen, die ihre Lebensperspektive hier im Land sehen, zuallererst bezahlbaren Wohnraum. Denn die für die Unterbringung von den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten angemieteten Wohnungen werden dringend für weitere Flüchtlinge und Asylsuchende gebraucht. Auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind aber auch viele andere Haushalte hier im Land mit niedrigen Einkommen oder Renten oder weil sie von Sozialleistungen leben müssen. Akzeptanz und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung werden maßgeblich davon abhängen, wie es gelingt, die Flüchtlingshilfe zu organisieren und alle mitzunehmen. Bei den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes darf nicht das Gefühl aufkommen, dass nun alles für die Flüchtlinge, aber kaum etwas für sie getan wird.

Fortsetzung auf S. 5

# Aus Liebe zu M-V



Fortsetzung von S. 1

Helmut forderte freie Bahn für Menschen mit ihren Ideen. DIE LINKE wird dabei den ländlichen Raum nicht im Stich lassen. Es gebe in der Gesellschaft viel Zusammenhalt, auf den wir als LINKE setzen können – auch bei der Integration der nach M-V kommenden Flüchtlinge. Auch Helmut forderte höhere Löhne für die Arbeitenden: 2015 sei durch die Streiks endlich Bewegung in die Lohnentwicklung gekommen. Wir brauchen aber noch viel mehr Streiks, denn gute Arbeit muss gut entlohnt werden. Jeder muss von seiner Arbeit seine Familie ernähren können. Noch gibt es zu viele Aufstocker mit Mindestlohn.

Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow verwies in seiner Rede auf den langen Weg unserer Partei

zu einer anerkannten politischen Kraft. Dabei verwies er ausdrücklich auf die Vorreiterrolle der LINKEN M-V nach 1998. Regieren nicht um des Regierens willen, soll die Maxime der LINKEN sein. Es gehe vielmehr darum, die Gesellschaft Stück für Stück für linke Politik zurückzugewinnen.

Über 200 Menschen aus ganz M-V erlebten in der Stadthalle einen gelungenen Wahlkampfauftakt der LINKEN. Der Kreisvorstand Rostock dankte ausdrücklich dem Landesgeschäftsführer Kay Kröger für die perfekte Organisation der Veranstaltung, die tatsächlich ein Event war. Heidrun Bluhm versprach in ihrer Rede, dass wir im Wahlkampf neue Formen des Dialogs mit den Bürgern ausprobieren werden.

Text: Carsten Penzlin; Fotos: DIE LINKE. MV



## DIE LINKE gestaltet

Das Etatrecht gilt nicht zu Unrecht als das Königsrecht einer jeden Volksvertretung. Im Rahmen des Haushaltes werden die wesentlichen Weichen für die Haushaltsjahre gestellt. Dies gilt umso mehr für einen Doppelhaushalt 2015/16, den die Bürgerschaft auf ihrer Sitzung im September erstmals beschlossen hat. Kritisch ist insbesondere die Rolle des Landes zu bewerten. Druck auf die Stadt wurde schon immer ausgeübt, aber diesmal wurden die Daumenschrauben durch das CDU-geführte Innenministerium deutlich angezogen. Ein Beispiel: Die Kreditgenehmigung für Investitionen darf künftig nicht höher als der Abbau der Altschulden sein, was im Klartext heißt: in den Jahren 2015/16 darf die Stadt insgesamt 24 Mio. EUR weniger investieren, der ohnehin hohe Investitionsstau wird trotz anhaltend niedriger Zinsen weiterhin steigen. Dies stellt eine neue Qualität in der Beschneidung der kommunalen Selbstverwaltung dar. Beschnitten

wurden ebenfalls die Gestaltungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Bürgerschaftsmitglieder, die unter hohem zeitlichem Druck in der Sommerpause einen mehrere 100 Seiten fassenden Nachtrag auf den Tisch bekamen.

Wie in den vergangenen Jahren auch war es vor allem die Fraktion DIE LINKE, die trotz widriger Rahmenbedingungen gestaltend die Beratungen des Haushaltes begleitet hat und mit zahlreichen Änderungsanträgen auf eine Verbesserung des Haushaltsentwurfes hingewirkt hat. So konnte eine Aufstockung des Schulbuchetats um 50.000 EUR für das Jahr 2016 erreicht werden, auch für verschiedene Ausstattungsgegenstände wie Möbel, Sportgeräte sowie Hard- und Software wurden die Ansätze an den öffentlichen Schulen der Stadt um 150.000 EUR in 2015 und 200.000 EUR in 2016 erhöht. Auch die maritime Bildungsarbeit auf der Likedeeler und die Angebote der Geschichtswerkstatt und des MAU-Clubs im Stadthafen konnten erhalten werden.

Keine Mehrheiten konnten hingegen für

einen Leitfaden zur Bürgerbeteiligung gewonnen werden, auch der Antrag, das Peter-Weiß-Haus zukünftig von der Stadt gerade im Jubiläumsjahr des 100. Geburtstags des Namensgebers zu fördern, wurde abgelehnt. In beiden Fällen versagte die SPD unverständlicherweise ihre Zustimmung. Insgesamt scheint die SPD genauso wie CDU und UFR viel von ihrem Gestaltungsanspruch verloren zu haben. Ob dies damit zu tun hat, dass die SPD mit Chris Müller seit letztem Jahr den Finanzsenator stellt, kann sie am Ende des Tages nur selbst beantworten.

Das sogenannte Haushaltssicherungskonzept und die Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land, die festschreibt, dass die Stadt bis zum Jahr 2018 40 Mio. EUR Altschulden tilgt und damit die Logik des Spardiktats in feste Vereinbarungen gießt, hat DIE LINKE als einzige Fraktion geschlossen abgelehnt.

Karsten Kolbe,

1. stellvertretender Fraktionsvorsitzender



# Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

**Liebe Genossinnen und Genossen, uns erreichte die traurige Nachricht, dass unser Genosse Ralf Malachowski am 20.9. nach langer schwerer Krankheit verstorben ist. Diese Nachricht erfüllt uns mit tiefer Traurigkeit.**

Nach erneuter Behandlung konnte er sich im Sommer durch einen Aufenthalt in der Klinik Heiligendamm ein wenig erholen und Optimismus für eine Stabilisierung seines Gesundheitszustandes entwickeln. Bei einem Besuch in Heiligendamm bekundete er seine feste Absicht, sich mit seiner begrenzten Kraft weiterhin auf seine unverwechselbare Art in die politische Arbeit seiner Partei DIE LINKE, insbesondere als Mitglied der Rostocker Bürgerschaft einzubringen. Aber wenig später wurden erneute, schließlich erfolglose Behandlungen im Universitätsklinikum Rostock notwendig. Der Lebensweg eines außergewöhnlichen Menschen hatte sich vollendet. Ralf Malachowski wurde am 11.10.1961 in Schwaan geboren. Er absolvierte eine Ausbildung als Maurer und arbeitete zu-

der DDR-Gesellschaft abbringen. Nach der politischen Wende arbeitete er bei einem Abfallentsorgungsunternehmen, bis eine schwere Wirbelsäulenerkrankung ihn erwerbsunfähig werden ließ.

Sein politisches Interesse und das Engagement für soziale Gerechtigkeit und Demokratie führten ihn schließlich 2007 über die Mitgliedschaft in der WASG zur neuen Partei DIE LINKE. Es war ihm immer wichtig, diese politischen Wurzeln zu betonen. Viele Jahre arbeitete er fortan im Kreis- und im Landesvorstand sowie in Landesarbeitsgemeinschaften und der AG Geschichte der LINKEN mit. Wichtig war ihm vor allem die Arbeit in der LAG Innerparteiliche Kommunikation – die Leitlinien zur Kommunikation im Landesverband tragen auch seine Handschrift.



Er hatte stets eine große Sensibilität und einen kritischen Blick für Gerechtigkeit und respektvollen Umgang mit gleich oder anders Gesinnten.

Auf vielen Parteitagen konnte man Ralfs Stimme vernehmen, stellte er unbequeme Fragen, fand aber auch Worte des Lobes, wenn ihm etwas gefiel. Immer geradeheraus – anders konnte Ralf gar nicht. Diese Ehrlichkeit war es, die ihm bei allen Genossen hohes Ansehen einbrachte. Ralf Malachowski war ein streitbarer Politiker im positiven Sinne, und gleichzeitig ein harmoniebedürftiger Mensch, der sehr unter Konflikten litt. Man kämpfte doch für die gleiche Sache!

Im Ortsbeirat Brinckmansdorf war Ralf viele Jahre Ansprechpartner für die Anliegen der Einwohner. Mit seiner Wahl in die Bürgerschaft ging 2014 ein Traum für ihn in Erfüllung. Im Sozialausschuss wollte er den Finger in die Wunde legen, denn soziale Ungerechtigkeiten prägen nachwievor das Leben in unserer Stadt.

Ralf lag aber immer auch die außerparlamentarische Arbeit am Herzen. Er wurde trotz seiner begrenzten Mobilität und latenter Schmerzen eines unserer aktivsten Mitglieder, ein unermüdlicher Wahlkämpfer auf fast allen Plätzen und Straßen der Stadt. Er fehlte auf keiner Anti-Nazi-Demo, die Abschaffung von Hartz-IV blieb bis zuletzt sein Ziel. Über die Montagsdemonstrationen gegen die Agenda 2010 kam er in die Politik, und er blieb den Demos auch treu, als die Zahl der Teilnehmer auf ein kleines Häuflein Aufrechter zusammengeschrumpft war. Nie vergaß er seine Wurzeln in der Arbeiterklasse.

Ralf ging immer auf die Menschen zu und keiner Diskussion aus dem Wege. Als seine Gesundheit schlechter wurde und die Kräfte nachließen, schonte er sich nicht. Noch drei Wochen vor seinem Tod nahm er an einer Fraktionssitzung teil. Die politische Betätigung für die sozial Benachteiligten und sein Engagement für die Belange seiner Heimatstadt waren ihm zum Lebensinhalt geworden. Das spürte jeder, der das Glück hatte, mit ihm zusammenzuarbeiten. Wir können uns DIE LINKE in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern ohne Ralf Malachowski gar nicht vorstellen. Wir werden sein Leben und Wirken in dankbarer Erinnerung behalten. Der Verlust trifft uns tief, in Gedanken sind wir bei seinen Angehörigen.

Prof. Dr. Wolfgang Methling  
(Ehemaliger Kreisvorsitzender)

Eva-Maria Kröger und Dr. Carsten Penzlin  
(Kreisvorsitzende DIE LINKE. Rostock)

Ralf war immer ein ehrlicher und aufrichtiger Mensch, der mit seiner unverblühten Art einem das Herz erleichtern konnte. Ralf legte immer dort den Finger in die Wunde, wo er Missstände sah und freute sich schon über kleine Erfolge, ohne die größeren Ziele aus den Augen zu verlieren. Er war immer auch ein Bindeglied zwischen jüngeren und älteren Menschen und baute durch seine Ehrlichkeit manche Brücke des Vertrauens.

Mit Ralf verlieren manche von uns nicht nur einen aktiven Genossen, sondern auch einen Freund der einem in der Vergangenheit immer aufmunterte und beistand.

Nico Burmeister



Ralf im Juli 2015, mit Regine Lück und Carsten Penzlin

nächst engagiert in diesem Beruf. Er war schon damals gesellschaftlich interessiert, engagiert und unbequem, geriet durch kritische Äußerungen in Konflikt mit dem Staatsapparat und wurde kurzzeitig zur Untersuchung durch die Staatssicherheit inhaftiert. Aber auch dadurch ließ er sich nicht von seinem Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Unzulänglichkeiten in

# Wohnen in Zukunft

Fortsetzung von S. 2

„Wir müssen das Wohl aller im Blick haben, egal ob schon immer hier wohnhaft, zugezogen oder gerade erst angekommen. Ich weiß, dass mehr als eine Wohnung notwendig ist, um die Menschen erfolgreich zu integrieren. Aber eine Wohnung ist eine der Grundvoraussetzungen.“, betonte Regine.

In der Landesregierung herrscht auf dem Gebiet der Wohnungspolitik Stillstand. Unsere Anträge werden komplett abgelehnt, bei Eigeninitiative herrscht Fehlanzeige. Dabei wäre viel zu tun, zum Beispiel:

## Stichwort Wohnraumförderung

Vor ungefähr einem Monat legte die Landesregierung den Entwurf für den Landeshaushalt der kommenden zwei Jahre vor. Im Haushaltsentwurf finden sich insgesamt gerade einmal 9 Millionen Euro für die Wohnraumförderung, davon 4 Millionen Euro für den Anbau von Fahrstühlen. So wenig Förderung gab es noch nie!

Die Reduzierung der Wohnraumförderung ist der völlig falsche Schritt und ein völlig falsches Signal an die Menschen im Land. Deshalb haben wir umgehend reagiert und bringen in der Landtagssitzung im September den Antrag „Sonderprogramm zum Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung“ ein.

Durch die Schaffung von mehr Wohnraum sollen angespannte Wohnungsmärkte entlastet werden. Zudem sollen in Städten mit wenig Wohnungsleerstand Pläne zum Abriss von Wohnungen überprüft und gegebenenfalls vorerst gestoppt werden.

Es gilt umgehend Vorsorge zu treffen, um soziale Spannungen beim Zugang zu angemessenen und vor allem auch bezahlbaren Wohnungen zwischen allen Wohnungssuchenden zu vermeiden und ein friedliches Miteinander und gute Nachbarschaft zu ermöglichen. Deshalb kommen wir auch in Mecklenburg-Vorpommern nach 18 Jahren ausschließlicher Wohnraumförderung im Bestand an einer Neubauförderung nicht mehr vorbei. Mit einem Programmvolumen von zunächst 10 Millionen Euro über zwei Jahre verteilt könnten so etwa 600 Wohnungen gefördert werden. Die Zuschussförderung soll direkt die Baukosten senken, um preiswerter vermieten zu können. Mittelbare Belegungsrechte, d. h. an anderen Wohnungen aus dem Bestand,

sollen begründet werden. Das sichert niedrige Mieten für die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Das sichert vor allem aber auch den Kommunen das Mitspracherecht bei der Vermietung.

In den gerade laufenden Haushaltsberatungen wollen wir zudem zusätzliche Mittel einfordern für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Selbstverständlich darf es nicht dabei bleiben, den Rückbau in Städten mit wenig Leerstand vorerst nur auszusetzen. Vielmehr müssen diese und weitere oft über Jahre leer stehenden Wohnungen auch hergerichtet und schnell wieder in Nutzung gehen. Ich unterstütze die Forderung des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen nach einer Zuschussförderung des Landes zum Herichten von leer stehendem Wohnraum ausdrücklich. Etwa 5000 bis 7000 Euro je Wohnung werden benötigt.

Eines der Schwerpunkte der bundesweiten

die Herrschaft des Marktes über die Politik aufgebrochen werden soll, dann muss sich an den Rahmenbedingungen der Wohnungswirtschaft Grundlegendes ändern. Was wir brauchen, ist ein Gegengewicht, ein Korrektiv zum rein Rendite orientierten Wohnungsmarkt.

„Wir brauchen eine neue Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft! An diesem Projekt arbeiten wir, d.h. eine kleine Gruppe Besessener rund um mein Berliner Büro seit mehreren Jahren. Jetzt sind wir dabei, diesen kleinen Zirkel Gleichgesinnter zu öffnen und die Ergebnisse unserer bisherigen, überwiegend theoretischen Arbeit, in einer Studie zusammenzufassen und sie der Öffentlichkeit zu präsentieren“, eröffnet Heidrun.

Das wird am 30. Oktober auf einer gemeinsamen Konferenz von Bundestagsfraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung passieren.

„Was wir erreichen wollen, ist die Einrichtung eines Sektors in der Wohnungswirtschaft, der ausschließlich der sozialen Daseinsvorsorge verpflichtet ist und sich von der Profitorientierung des Wohnungsmarktes abgrenzt.

Dabei gehen wir davon aus, dass dieser Sektor eine Größe erreichen sollte, der all jene Haushalte mit bedarfsgerechtem Wohnraum versorgt, die sich aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht am sogenannten freien Wohnungsmarkt versorgen können“, erklärt Heidrun den Ansatz. Wir dürfen gespannt sein.

Im zweiten Teil der Konferenz wurden Beispiele vorgestellt, wie Neue Wohnformen aussehen können. So können im Seniorenwohnhaus der NEUWOGES in der Rostocker Südstadt ein Wohn- und Betreuungskonzept gleichermaßen realisiert werden. Eine Herausforderung für alle Beteiligten betrachtet man den Bau, die Betreuung und die Vermietung erklären der Geschäftsführer der NEUWOGES, Frank Benischke und der Architekt Thomas Kaase. Es sind nach dem Umbau neugestaltete Außenanlagen und Eingangsbereich, aber vor allem Demenz-Wohngemeinschaften, Tagespflege und Sozialstation, eine Begegnungsstätte der Caritas, eine Wohntage mit eigenen Wohnungen barrierearm und im Pflegebereich barrierefrei realisiert. Ein gutes Beispiel für angepasste Wohnformen an den demografischen Wandel und sich geänderte Wohnbedürfnisse.



Wohnungspolitik wird eine Initiative für neue Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen sein. Eine aktive Wohnungspolitik gibt es nicht mehr, seitdem der Staat seine Gestaltungskraft nahezu vollständig dem Markt überlassen hat. „Mehr noch: Der Staat hat das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie aufgegeben und Wohnungspolitik durch Wohnungspolitik ersetzt. Seither gibt es kein direktes politisches Gestalten mehr sondern nur noch Marktanreizprogramme“, ärgert sich Heidrun Bluhm. Selbst wenn die Politik wirkliche soziale oder ökologische Verbesserungen in diesem Bereich wollte, sie könnte das immer nur, indem sie öffentliches Geld in private Taschen lenkt und darauf hofft, dass die damit angestrebten Effekte sich über den Markt realisieren. Eine trügerische Hoffnung!

Wenn wirklich dauerhaft echte Wohnungspolitik betrieben werden soll, wenn also



# Simone Oldenburg zu Gast in Evershagen

**Am 27.08.2015 konnte der Stadtteilverband Evershagen Simone Oldenburg als Gast begrüßen. Thema der Sitzung war die Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern.**

Egal, welcher Gesellschaftsschicht oder politischen Richtung jemand angehört, einen großen Konsens gibt es meist: Bildung ist eines der elementaren Themen der Gesellschaft. Zudem ist Bildung einer der Politikbereiche, die der Länderhoheit unterliegen. Entsprechend ist es eines der Kernthemen in jeder Landtagswahl und jedem Wahlkampf. So war es uns ein Jahr vor der Wahl in MV ein Anliegen uns diesem Bereich ausführlich zu widmen. Simone konnte uns in beeindruckend klarer Weise Missstände, aber auch Möglichkeiten aufzeigen.

So begann sie ihren Vortrag mit einem Auszug aus Markus Ohrts „Lehrerzimmer“, einem Buch, welches auf ironische Weise den Schulalltag darstellt. Die Kernbotschaft ist folgende: alles ist schlecht und wird immer schlechter. In den Schulen regiert die Angst, nicht nur bei den Schülern, auch bei den Lehrern. Die Verwaltung ist überfordert, die Eltern haben lange keine Ahnung mehr, was in der Schule passiert. Es müsse sich etwas ändern, aber dem gegenüber steht eine tiefsitzende Angst vor Veränderung. Dieser pessimistische Einstieg sollte als Überleitung zu den momentanen Zuständen dienen, die nicht nur in MV sondern überall in Deutschlands Klassenzimmern herrscht. Es gibt also viel zu tun und Simone konnte dies anhand vieler Beispiele plastisch darstellen.

MV nimmt im bundesweiten Bildungsvergleich in fast allen Kategorien einen der letzten Plätze ein. Die Ursache liegt aber nicht daran, dass MVs Schüler „dümmer“ wären, sondern diese Missstände sind systemisch bedingt. Das Grundübel liegt in den radikalen Umbrüchen der Wendejahre. Über Nacht sei ein funktionierendes und etabliertes System durch das neue, dreigliedrige Schulsystem ersetzt worden. Viel schlimmer als dieser Umbruch sei aber, was in den folgenden Jahren passierte: mit jeder neuen Wahl und jedem neuen Minister sind am Bildungssystem Veränderungen vorgenommen worden, jeder Bildungsminister wollte sich profilieren. Durch die permanente Flickschusterei konnte sich nie ein funktionierendes System etablieren und Simone mahnt hier mehr Kontinuität an.

Das heißt aber nicht, dass man Missstän-

de beibehalten sollte. So haben etwa Grundschüler in MV im Vergleich den wenigstens Unterricht, besonders in Deutsch und Mathe. Getreu dem Motto „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ pflanzt sich dieser Mangel in der Folge fort. Es ist daher wichtig den Unterricht in der Grundschule, gerade in den Kernfächern, zu stärken. Zu einer Erhöhung der Anforderungen gehört aber auch eine Anpassung des Zeitrahmens. Die Schulpflicht beträgt aktuell 9 Jahre, in der Regel brauchen aber viele Schüler 10 bis 11 Jahre. Es wäre daher sinnvoll sich gleich mehr Zeit zu nehmen und die Schulpflicht auf 10 Jahre zu erhöhen. Gerade schwächere



Schüler benötigen mehr Zeit und intensivere Förderung.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Unterrichtsausfall. Statistisch wird von 10 Unterrichtsjahren ein Jahr Vertretungsunterricht gegeben, dazu kommt ein Vierteljahr ersatzloser Ausfall. Gerade bei dem ohnehin schon enggestrickten Zeitplan wirkt sich dies fatal aus. Dazu kommt, dass Vertretungsunterricht oft kein Fachunterricht ist, sondern die Kinder lediglich betreut werden, da auch die Lehrer keine Kapazitäten haben um sich dezidiert vorzubereiten. Das führt dazu, dass Schüler in dieser Zeit Filme schauen, Mandalas ausmalen oder schon ihre Hausaufgaben erledigen, statt guten Fachunterricht zu

erhalten.

Eine wesentliche Ursache für die vielen ausgefallenen Stunden ist der hohe Krankenstand bei Lehrern. Entgegen dem immer populärer werdenden Klischee vom faulen Lehrer, der schon mittags wieder Zuhause ist und die Füße hochlegt, werden die Belastungen für die Lehrer in der Realität immer höher. Die Arbeitszeit steigt kontinuierlich. Nicht eingerechnet sind hierbei Leistungen der Lehrer außerhalb des Regelunterrichts, etwa Elterngespräche, Betreuung von Arbeitsgemeinschaften oder ähnlichem. Hier fehlt es an Anerkennung. Schlimm ist zudem, dass ein hoher Krankenstand dafür sorgt, dass die Belastung auf den übrigen Lehrkörper zunimmt, so dass es wahrscheinlicher wird, dass auch die übrigen Lehrer krank werden. Ein Teufelskreis. Eine Mitschuld an der Erhöhung der Wochenstunden, trägt aber auch die LINKE, die diese zu Zeiten der rot-roten Koalition mitgetragen hat. Das müsse nun korrigiert werden. Dazu muss man nicht einmal das Rad neu erfinden, die Wiedereinführung der sogenannten variablen Wochenstunde aus DDR-Zeiten etwa könnte schon helfen, das Größte aufzufangen. Trotzdem führe kein Weg daran vorbei, Geld in die Hand zu nehmen um mehr Lehrer anzustellen um diesem und anderen Problemen dauerhaft Herr zu werden. Denn klar ist in jedem Fall: teuer als Bildung ist auf Dauer in jedem Fall keine Bildung.

Ein wichtiges Problem sei zudem, dass die Sprache der Schule nicht die Sprache der Schüler und Eltern ist. Beamtendeutsch und Vorschriften machen es für Eltern nahezu unmöglich den Schulbetrieb zu durchschauen, was bei Problemen zu Rat- und Hilflosigkeit führt. Als in diesem Fall sogar kostengünstige Lösung muss das Schulgesetz entschlackt werden, um die Eltern wieder in die Lage zu versetzen zu verstehen, damit sie dann auch aktiv werden können. Wie so etwas aussehen kann, hat Simone selbst an diesem Tag mit ihren klaren und gutverständlichen Argumentationen dargelegt.

Aber nicht nur die Schulen sind betroffen, auch im Studien- und Ausbildungsbereich sind die Mängel gravierend. Jeder 3. Studierende bricht das Studium ab, ca. 3000 Lehrlinge (etwa ein Drittel) brechen jedes Jahr ihre Ausbildung ab. Jeder fünfte Auszubildende schafft zudem die Abschlussprüfung nicht. Das bedeutet, dass in der Summe die Hälfte aller Auszubildenden an

irgendeinem Punkt scheitert. Das kostet wieder Zeit, Nerven und Geld. Hier pflanzen sich die Probleme im Schulbereich also fort.

Das Sitzenbleiben allein kostet MV jedes Jahr 15 Millionen Euro. Wenn man hier in frühzeitige Förderung investierte und sich etwas mehr Zeit nähme, könnte man diese Kosten drastisch senken und auch die Erfolgsquote in Studium und Ausbildung erhöhen.

Es gibt also viel zu tun. Die hier genannten

Aspekte stellen nur eine Auswahl dessen da, was Simone uns an diesem Tag sehr ausführlich beschrieben hat.

Heruntergebrochen auf eine einfache Formel kann man sagen: unser Bildungssystem stammt aus dem 19. Jahrhundert und gehört endlich in die heutige Zeit überführt. Es bringt aber auch nichts zu sehr darauf zu schauen, was andere Länder machen und sich davon verrückt machen zu lassen oder in Aktionismus zu verfallen.

Wir müssen die besten Lösungen für MV

finden und umsetzen. Mit Simone Oldenburg haben wir dazu eine absolut kompetente Persönlichkeit im Landtag, die diese Lösungen finden und sich für deren Umsetzung einsetzen wird.

Wir als Stadtteilverband bedanken uns für eine sehr gelungene, lehrreiche aber auch sehr unterhaltsame Veranstaltung und würden uns freuen, Simone wieder als Gast begrüßen zu dürfen.

*Christian Albrecht*

## Volkssentscheid gescheitert

**Der Volkssentscheid über die Gerichtsstrukturereform ist gescheitert. Zu wenige Menschen nahmen an der Abstimmung teil, am wenigsten in Rostock (16,5 % der Wahlberechtigten), so dass die Landesregierung die Schließung von Amtsgerichtsstandorten weiter vorantreiben kann.**

Laut Landesverfassung ist ein Volkssentscheid dann erfolgreich, wenn mindestens 1/3 der Abstimmungsberechtigten mit Ja stimmen und sich die Mehrheit der Abstimmenden für das Anliegen des Volkssentscheids ausspricht. Am 6.9. kamen nur 59 % der erforderlichen Ja-Stimmen zusammen. Viele Bürger hielten das Thema offensichtlich nicht für wichtig genug. Die überzeugenden fachlichen Argumente drangen kaum zum Bürger durch, nicht zuletzt durch die fehlende Information von amtlicher Stelle (Landesregierung, Landeszentrale für politische Bildung). Dabei wissen wir: Kleine Gerichte arbeiten effizienter. Diese Effizienz wird nicht zuletzt im Kampf gegen Rechts dringend benötigt. Die Reform entlastet den Landeshaushalt nur minimal, während durch bürgerfeindliche Strukturreformen der ländliche Raum weiter ausblutet.

Es gab auch zu wenig Wahllokale, so dass vielen die Fahrt zur Abstimmung zu aufwändig war. Aber ist das ein Argument? Nicht zuletzt ging es ja um's Prinzip: Wenn es einen Volkssentscheid gibt, dann geht man auch hin. Sonst entwertet man dieses Instrument direkter Demokratie. Wer dann noch meckert, dass die Politiker ja doch machen was sie wollen, muss sich an die eigene Nase fassen. Man lässt sie ja!

Selbstbewusst kann DIE LINKE darauf verweisen, dass ohne unser Engagement beim Stimmensammeln das Volksbegehren nicht erfolgreich gewesen wäre, es also keinen Volkssentscheid gegeben hätte. Das wurde auch von Richtern und Anwälten anerkannt, die sich eine Zusammenarbeit mit unserer Partei vorher nicht hätten

träumen lassen. DIE LINKE müsse aber in solchen Kampagnen sichtbar werden, fordert Heidrun Bluhm, z.B. durch unser Logo auf den Flyern und Plakaten.

Trotz des Scheiterns des Volkssentscheids gibt es in der Bevölkerung ein wachsendes Bedürfnis nach direkter politischer Beteiligung. DIE LINKE will auch weiterhin Volkssentscheide unterstützen. Auch wenn wir uns mit einem Anliegen nicht identifizieren können, fordern wir zur Teilnahme am Volkssentscheid auf. Man kann ja auch mit Nein stimmen. Landesausschuss und Landesvorstand der Partei DIE LINKE fordern eine Absenkung des Zustimmungsquorums auf maximal 25 % (bisher 33 %). Wir fordern, dass die Abstimmungsberechtigten amtlich über die Argumente der Initiatoren eines Volksbegehrens sowie der Landtagsfraktionen informiert werden. Volkssentscheide sollen, wenn möglich, zeitgleich mit Landtagswahlen stattfinden, um eine höhere Beteiligung sicherzustellen. Der Vollzug bestehender Gesetze, die durch Volkssentscheide betroffen sind, ist auszusetzen, bis die Bürger durch den Volkssentscheid abgestimmt haben.

*Carsten Penzlin*

**Im Folgenden dokumentieren wir ein Schreiben von Prof. Dr. Wolfgang Methling an den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern:**

Sehr geehrter Herr Bürgerbeauftragter, lieber Herr Crone,

heute haben mich gleich mehrere Personen auf den bevorstehenden Volkssentscheid zur Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern angesprochen, da gegenwärtig die Abstimmungsbenachrichtigungen ausgeliefert werden. Nach meinem Eindruck wird seitens der Landespolitik, der Landesregierung, der Ämter und der Wahlleitungen sowie Me-

dien alles getan bzw. unterlassen, um den ersten Volkssentscheid in der Geschichte des Landes zu einem Misserfolg zu führen. Auf den Benachrichtigungen wird lediglich mitgeteilt, dass man am Volkssentscheid zur Gerichtsstrukturereform teilnehmen kann. Es gibt keinerlei inhaltliche Information über die zu entscheidende Frage und Hintergründe. In meiner Gemeinde Papendorf (Amt Warnow-West, Landkreis Rostock) wird nur ein Abstimmungslokal eingerichtet, die Gemeindevertretung wurde nicht in die Entscheidung einbezogen. Bei den Wahlen sind es üblicherweise zwei Lokale. Die größeren Entfernungen zu den Abstimmungslokalen und die völlig unzureichende inhaltliche Aufklärung werden wohl zu dem von der Landespolitik und -regierung gewünschten Ergebnis führen, allein schon weil das erforderliche Quorum (mindestens ein Drittel der wahlberechtigten Bürger\_innen muss teilnehmen und für den Erhalt der Gerichtsstruktur stimmen) kaum erreicht werden kann.

Man kann nachvollziehen, dass die Landesregierung keinen Volkssentscheid gegen die beschlossene Gerichtsreform haben möchte, aber hier geht es auch um eine grundsätzliche Demokratiefrage, die nicht parteiisch behandelt werden darf. Zum ersten Mal führt Mecklenburg-Vorpommern einen Volkssentscheid durch und dann unter solchen demokratiefeindlichen Bedingungen. Es ist eine Schande für die Demokratie in unserem Land.

Lieber Herr Crone, ich bitte Sie Ihren Einfluss geltend zu machen, dass wenigstens eine offene Information und Aufklärung der Bürger\_innen durchgeführt wird. Die Reduzierung der Zahl der Abstimmungslokale können Sie sicher nicht mehr beeinflussen.

*Mit herzlichen Grüßen  
Wolfgang Methling*



# Gedenken im Landkreis



Nach kurzer Einführung durch Dr. André Brie, diskutierten die Teilnehmer lebhaft über die Entwicklungen innerhalb der EU, die geopolitisch bedeutsamen Lagen einiger Mitgliedsländer und den Einfluss der USA, bis hin zur Flüchtlingspolitik der EU.

*Text und Fotos: Peter Hörnig (Sprecher des Bad Doberaner Aktionsbündnisses „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“)*

Der Einladung des Bad Doberaner Aktionsbündnisses „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ folgten am Dienstagabend ca. 50 Bürgerinnen und Bürger. Sie versammelten sich vor dem Ehrenmal am Bad Doberaner Bachgarten, um anlässlich des Weltfriedenstages der Toten durch Vernichtungskrieg und Holocaust zu gedenken. Zu den Anwesenden sprach das Mitglied des Landtages M-V, Dr. André Brie (*DIE LINKE*).

Die Forderung „Nie mehr Krieg“, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs weltweit zu hören war, ist nie erfüllt worden. „Wir befinden uns in vielen Kriegen – mit Millionen Toten weltweit.“ Die bisherige Politik habe daran nichts ändern können: „Interventionen haben nichts gebracht, außer höchstens noch mehr Leid.“

Im Anschluss fand im „Kornhaus“ eine Diskussionsrunde zum Thema „Die Europäische Union und der EURO in der Krise?“ statt.



## Literaturempfehlung zu 25 Jahre Beitritt:

### RAUCH AUF DEM WASSER

*Romane mit Soundtrack*

*Es gibt sie also schon, die Romane über die Wandlungen und Wendungen bei uns vor nunmehr 25 Jahren, in denen man sich selbst oder zumindest viele Bekannte zu erkennen glaubt. Der Warnemünder Schriftsteller Michael Terpitz beispielsweise, der selbst zu den heute über 50-jährigen gehört, kennt das Lebensgefühl der Beat- und Rockgeneration genau und beschreibt es treffend und augenzwinkernd. Besonders an seinen Romanen ist, dass jedem eine CD beigelegt ist, deren Songs untrennbar mit dem Inhalt verbunden sind und die Atmosphäre der Bücher verdichten und in eine weitere Dimension heben. Viele der Interpretationen der CDs kann man ab und zu persönlich im Schallplattenladen am Leuchtturm treffen - und den Autor sowieso.*

*Der erste Band „Der Schallplattensammler“ aus der Trilogie „RAUCH AUF DEM WAS-*

*SER“ beginnt folgendermaßen:*

„Schiel!“

Die Mauer ist auf!

Das erste Wort, das meine trockenen Lippen Richtung Westen verließ. Als ich quasi fast einen Tag zu spät und eher zufällig erfuhr, dass die Mauer gefallen war, war kein feines Wort. „Schiel“ ist plattdeutsch und heißt „Scheiße“.

„Scheiße!“

Natürlich war das nicht das richtige Wort, um einen historischen Moment wie diesen zu würdigen, von dem mir zunächst gar nicht klar war, dass es sich um einen historischen Moment handelte. Ansonsten wäre vielleicht etwas Bedeutsames, vielleicht sogar Pathetisches über meine Lippen gerutscht. Irgend so eine Art Botschaft an die Nachgeborenen, wie etwa jener historisch wertvolle Satz von Neil Armstrong, den er – so sagt man jedenfalls – spontan in sein Kosmonautenhelmmikrofon rief, als er 1969 als erster Mensch den Mond betrat. Meine Botschaft an die Nachwelt hätte zum Beispiel lauten können: „Welch kleiner Zusammenbruch eines steinernen Walls in Berlin – welch gewaltiger Zusammenbruch eines Gesellschaftssystems!“ Das wäre

doch echt gut gekommen!

Aber es kam nicht, denn ich war ziemlich angefressen – wie man so sagt.

„Schiel!“

Dieses Wort war weder für die Nachwelt noch für die Ewigkeit bestimmt. Es war auch an niemanden gerichtet, denn es war keiner da, der es hätte hören können. Ich war allein, als ich begriff, dass ich das, was man später Wende nennen würde, verschlafen hatte.

...

„Scheiße!“

Ich fluchte nicht, weil der „antifaschistisch-demokratische Schutzwall“, wie Kaderleiter und Parteisekretär Erwin Bumerang die Berliner Mauer noch kürzlich in einer flammenden Rede zum 40. Jahrestag der DDR genannt hatte, wohl in der Nacht auf wundersame Weise in sich zusammengebrochen war. Mein Fluch galt der Transaktion, die ich noch am Vormittag des 9. November – kurz nachdem ich von Kaderleiter Bumerang erfahren hatte, dass ich mit sofortiger Wirkung aus dem Busnah- in den -fernverkehr versetzt worden war – ziemlich cool durchgezogen hatte.

*Fortsetzung auf S. 9*



# Kreisparteitag-Nachlese aus Rostock

**Nun ist der Kreisparteitag der Rostocker LINKEN schon über einen Monat her. Aber wie versprochen, wollen wir einen Rückblick wagen.**

Eigentlich sollte der Parteitag im Peter-Weiss-Haus stattfinden. Da das Haus nicht barrierefrei ist, zogen wir in den Waldemar Hof um. Die Delegierten ließen sich trotzdem von Kay Nadolny über die Arbeit des Peter-Weiss-Hauses informieren, das ein Zentrum linker politischer Arbeit in Rostock ist. In den vergangenen Jahren wurde das ehemalige Haus der DSF in Eigeninitiative saniert, davon zeugt nicht zuletzt das neu eröffnete *Café Marat*. Vor allem der Verein Soziale Bildung e.V. leistet Wertvolles in der politischen Bildung, der Erinnerungsarbeit sowie der Schulsozialarbeit. Die Rostocker LINKE möchte die Zusammenarbeit mit dem Peter-Weiss-Haus weiter intensivieren, ohne die linken Gruppen für sich zu vereinnahmen.

Als weiteren Gast begrüßte der Parteitag die Landtagsabgeordnete Barbara Borchardt, die über den anstehenden Volksentscheid zur Gerichtsstrukturreform informierte (zum Thema siehe S. 7 dieser Ausgabe). Hierzu verabschiedete der Parteitag einen Antrag zur Unterstützung des Volksentscheides. Weitere Anträge wurden aus Zeitgründen an den Kreisvorstand überwiesen, so z.B. zur Kampagne „Das muss drin sein!“, die im Kreisverband vor allem projektbezogen umgesetzt werden soll. Der Antrag zur Solidarität mit der Syriza-Regierung wurde von der Entwicklung in Griechenland überholt. In einem weiteren Antrag wurde gefordert, dass die Geschäftsstelle der Rostocker LINKEN ihre Post nur über tarifgebundene

Unternehmen verschickt. Diese Anträge wurden vom Kreisvorstand beschlossen. Mit fünf Kandidatinnen und Kandidaten geht die Rostocker LINKE in das Rennen um die aussichtsreichsten Listenplätze für die Landtagswahl 2016. Die Delegierten des Kreisparteitages wählten am 31. August Eva-Maria Kröger auf Platz 1 des Listenvorschlages an den Landesausschuss. Die Vorsitzende der LINKEN-Fraktion in der Bürgerschaft will im Landtag für die Interessen der Kommunen streiten, denn diese seien der Lebensmittelpunkt der Menschen. Rostock dürfe nicht länger be-

privaten Schulen. Damit werde die Zweiklassen-Bildung zementiert, warnte Karsten. Er möchte sich für einen stärkeren Praxisbezug im Lehramtsstudium einsetzen, die Arbeitsbedingungen des Wissenschaftlernachwuchses verbessern und die Bundeswehr aus Schulen und Universitäten fernhalten.

Auf Platz 3 des Listenvorschlages wählte der Parteitag den Landtagsabgeordneten Hikmat Al-Sabty. Hikmat ließ Karsten Kolbe freiwillig den Vortritt, um die Chancen junger Kandidat\*innen zu erhöhen. Für diese bemerkenswerte Geste erhielt er viel

Applaus. Dass er weiter im Landtag für eine menschliche Flüchtlingspolitik, für die Hochschulen (verbesserte Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten) und die Förderung der niederdeutschen Sprache kämpfen möchte, daran ließ Hikmat keinen Zweifel.

Auf Platz 4 des Listenvorschlages wurde Margit Glasow gewählt. Die Vorsitzende des Sozialausschusses in der Bürgerschaft möchte das Thema Inklusion im Landtag voranbringen, die Chancen behinderter oder älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Auf Platz 5 findet sich der 23-jährige Lehramtsstudent Phillip Bock. Hochschulpolitik und Antifaschismus sind



Rostocks Kandidat\*innen für den Landtag

nachteiligt und gedemütigt werden. Das schließt den Kampf für das Volkstheater mit ein. Hier zeige sich die maßlose Arroganz der Großen Koalition.

Karsten Kolbe (vor seiner Heirat Karsten Steffen) wurde auf Platz 2 gewählt. Starke öffentliche Schulen und verbesserte Arbeitsbedingungen an den Hochschulen – dafür will der 28-jährige in Schwerin kämpfen. 40 % der Rostocker Abiturienten machen ihren Abschluss mittlerweile an

seine Schwerpunkte.

Im Januar wird eine Vertreterversammlung über die Landesliste der LINKEN und damit über die Aussichten der Rostocker Kandidat\*innen entscheiden.

*Carsten Penzlin*

*Fortsetzung von S. 8:* Mein polnischer Nachbar und Weltbürger Janek hatte mir eine aus 12 Einzelstücken bestehende Pink Floyd-Schallplattensammlung zu einem Schnäppchenpreis angeboten. Ich schlug gnadenlos zu, um die Scheiben am Wochenende an meinen Kumpel „ARD-Frank“ für den doppelten Preis, nämlich 1440 DDR-Mark, weiterzureichen.

... Die Jubelarien im Fernsehen klangen wie Hohn in meinen Ohren. Wieder machte sich so eine Art Endzeitpanik in mir breit. Innerlich hatte ich wohl längst begriffen, was ich äußerlich noch nicht recht wahrhaben wollte. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 war auf einen Schlag nicht nur meine Karriere

als Busfahrer beendet worden – und das, bevor sie eigentlich begonnen hatte – auch meine quasi nebenberufliche Tätigkeit als „kapitalistischer Schallplattenparasit“ in der Grauzone von sozialistischer Plan- und imperialistischer Marktwirtschaft war quasi blitzartig ausgebremst worden.

*Wolfgang Bergt*



# Solidaritätsreise nach Griechenland

**Vom 6. bis 14. September begab sich eine Gruppe linker Aktivisten mit 10.000 Euro Spendengeldern im Gepäck nach Thessaloniki. Der Auftrag lautete: linke, soziale Projekte und Initiativen zu besuchen, kennenzulernen, Spenden zu überreichen und ein Netzwerk zwischen uns und den Aktiven vor Ort aufzubauen.**

**Kurz gesagt: Auftrag erledigt!**

**Nun die etwas längere Form der Erzählung:**

Die Reisegruppe bestand aus 11 Menschen aus linksalternativen Kreisen und Vereinigungen (unsere Partei, Gewerkschaft, soziale Vereine, Jugendhäuser). Die Gruppe ist geteilt angereist, der Großteil fuhr mit dem Auto die Balkanroute, der andere Teil ist geflogen. Die Autoreisenden haben in 24 Stunden Fahrtzeit 2100 km Wegstrecke durch Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Serbien, Mazedonien und Griechenland passiert.

Durch einen Kontakt zu einem in Hamburg lebenden Griechen bekamen wir die Wohnung seiner Familie für die Zeit unseres Besuches umsonst zur Verfügung gestellt. Hier hielten wir tagtäglich unsere Treffen ab und besprachen unsere Besuche, die Kontakte die sich neu ergeben und das Verteilen der Spendengelder.

Am ersten Tag holte uns Panos für einen Stadtrundgang von der Wohnung ab. Panos ist Grieche und hat von unserer Aktion gehört. Er ist so breit vernetzt und als Aktivist bekannt, dass er uns viele weitere Kontakte ermöglichte und vor Ort als Vermittler zwischen uns und den Projekten fungieren konnte. Das war eine großartige Hilfe. Im Laufe der Woche wurde Panos für uns zum festen Bezugspunkt mit Höhepunkt eines Grillabends auf seiner Dachterrasse mit vielen Freunden, guten politischen Gesprächen und mit Blick über ganz Thessaloniki und dem Meer.



Unsere Erlebnisse in dieser Woche reichen eigentlich für einen ganzen Monat. Ein Auszug der wesentlichen und beeindruckendsten Aktionen schildere ich im folgenden:

Wir besuchten die von Arbeitern übernommene Seifenfabrik VIO.ME – viele von euch haben während unserer Spendensammelaktion auch so eine Seife erworben. Die Firma kann mit 22 Menschen existieren, doch zum guten Leben reicht der Erwerb nicht. Sie sind auf weitere Unterstützung, Spenden und Vertriebswege angewiesen. Derzeit suchen sie einen Chemiker, der in der Seifenproduktion helfen kann. Das Geld wird auf alle gleich verteilt, die Entscheidungen im Plenum beschlossen.

In der kleinen Fabrikküche haben wir uns typischen griechischen Kaffee (Frappe) gekocht und mit Dimitra geplaudert. Dimitra verwaltet das Geld und ist die Kontaktstelle nach Außen. Sie kontaktiert auch das Neue Deutschland, die im hauseigenen Shop die Seife verkaufen.



Wir besuchten drei große Soziale Zentren, die mit Suppenküchen für die Armen, Kneipenkollektiven als Einnahmequelle, Flüchtlingshilfeinitiativen, besetzten Wohnhäusern und solidarischem Wirtschaften von sich überzeugen. Wir lernten die engagierten Leute vom „Refugee Solidarity Movement“ kennen, mit denen wir früh morgens am Busbahnhof die ankommenden Flüchtlinge mit dem Wesentlichsten versorgten.



Am Donnerstag fahren wir mit der Initiative an die mazedonische Grenze, dem Ort Eidomeni. Es folgt ein kleiner Bericht:

Unsere Gruppe kannte den Ort bereits von zahlreichen Fotos und Videos, die seit der Eskalation von Ende August in den Medien veröffentlicht wurden. Doch die Menschen, die Orte und die Bedingungen mit eigenen Augen zu sehen, setzt Gefühle frei, auf die wir uns nicht vorbereiten konnten.

Im strömenden Regen fahren wir in einem kleinen selbstorganisierten Hilfskonvoi zum illegalen Grenzübergang von Eidomeni. Bereits auf dem Weg überholten wir zahlreiche kleinere Gruppen, die sich zu Fuß auf den Weg machten. Die Menschen bedeckten sich notdürftig mit aufgespannten Zelten und Mülltüten gegen den Dauerregen, wenn sie überhaupt etwas hatten.

Wir trafen gegen 10.30 Uhr in Eidomeni ein. Eine Bahntrasse durchzieht das Brachland mit Feldern und kleinen Wäldchen, vereinzelt stehen leere Zelte, das Gelände ist komplett übersät mit aus Not zurück gelassenen Gegenständen wie Kleidung, Isomatten, kaputte Schuhe und Kuscheltiere der Kinder.

Wir sehen zwei große Polizeibusse, eine Station der Ärzte ohne Grenzen, zahlreiche Freiwillige der verschiedenen Solistrukturen und engagierter Anwält\_innen, ein paar Leute von der griechischen Caritas und 12 (!) Dixietoiletten. Das absurdeste Bild stellt eine kleine Plane des UNHCRs dar, unter der maximal 10 Personen Platz finden. Alles auf einem wirklich überschaubaren Gelände, das sich durch den anhaltenden Dauerregen die Nacht und den Morgen über in eine unbegehbare Schlammwüste verwandelt hat.





Wir überqueren zu Fuß die Bahngleise, keine 100 Meter den Weg entlang nach links befindet sich der zu dieser Zeit erneut geschlossene, durch einen breiten aber niedrigen Natodraht, Räumpanzern und den gewaltbereiten mazedonischen Militärposten abgesicherte illegale Grenzübergang. Wir sehen wie die Soldaten immer wieder versucht die wartenden Menschen am Übergang zu hindern, ein Vater berichtet uns von massiven Prügelszenen kurz zuvor. Zu dieser Uhrzeit befanden sich noch ca 500 völlig durchnässte, zitternde, verzweifelte, wütende Menschen vor dem Grenzzaun, knöcheltief im Matsch. Die Situation ist chaotisch, unübersichtlich, die Menschen können sowohl körperlich als auch seelisch nicht mehr, immer wieder Zäune, Stacheldraht, Soldaten, Regen, Müdigkeit... An der linken Seite versuchen mehrere Menschen durch ein kleines Wäldchen an den Militärposten vorbei über die Grenze zu kommen, werden jedoch von den mazedonischen Soldaten brutal mit Knüppeln und Schildern zurückgetrieben. Wir fühlen uns ohnmächtig...

Die Menschen drängen nach vorne, alle fragen sich: warum müssen sie hier ausharren? Absurderweise wurden die Wartenden erst nachdem der Regen nachgelassen hatte in fünf Warteschlangen aufgeteilt, um sie in kleinen abgezählten Gruppen über die Grenze zu lassen. Wir schütteln uns, nein, das hier ist kein böser Traum, das ist die schmerzhafteste Realität tausender Menschen jeden Tag. Jede\_r von uns packt jetzt mit an und wir versuchen unsere Überforderung und teilweise Verzweiflung durch konkrete Hilfe – denn deswegen waren wir ja da – in den Griff zu kriegen. Das an diesem Tag dringendste Benötigte sind aufgrund des Wetters trockene Kleidung, Schuhe und Schutz gegen den Regen, von allem gab es zu wenig.



Die Zeit lief, die Menschen wollten weiter, solange ist noch der Weg, der vor ihnen liegt und so viele schlimme Geschichten haben sie schon erlebt.

Später erfuhren wir, dass bereits die Nacht über und am frühen Morgen an die 7000 Menschen die Grenze überqueren konnten. Was wir mitbekommen haben, war also nur ein kleiner Ausschnitt der katastrophalen Situation, die sich täglich, wöchentlich und monatelang wiederholt!

Unsere Forderungen und unser Engagement können sich deshalb immer nur wieder an folgendem orientieren:

- **Verantwortungsübernahme für Fluchtursachen**
- **Bekämpfung der Fluchtursachen**
- **freie sichere Fluchtwege**
- **freie Wahl des Zielortes**
- **keine Internierung und Lager**
- **Bereitstellung von Transportmitteln**
- **Break down the walls!**

Wir möchten ausdrücklich unseren Dank und Respekt den Menschen in Griechenland und Osteuropa aussprechen, die täglich das Menschsein verteidigen, in dem sie Hilfe organisieren!

In der zweiten Hälfte unseres Aufenthaltes besuchten wir die Gesellschaft der solidarischen Ärzte, die Obdachlosenzeitung „Shedia“, das Solidarity Center, das Ökoprojekt PERKA und den freien Sender ERT3.

Im Haus der solidarischen Ärzte:

Als wir am Freitag im Ärztezentrum eintrafen, hieß uns eine sehr nette Arzthelferin Willkommen und führte uns durch die Räumlichkeiten. In der kleinen Apotheke konnten wir eine Weile sprechen und haben auch die Praktikantin aus Deutschland kennengelernt.



Das Ärztezentrum in Thessaloniki befindet sich in einem mehrstöckigen Gebäude, das der Gewerkschaft gehört, die dem Zentrum einige Räume mietfrei überlassen haben. Es befinden sich dort Wartezimmer, Zimmer in denen sich Medikamentenkarten stapeln, Karteikästen mit Patientendaten, Zahnarztstuhl, Liegen und ein Ultraschallgerät. Das Zahnarztzimmer wurde während unseres Besuches frisch gestrichen.

Während in Deutschland auch die Armen und Arbeitslosen krankenversichert sind, sind sie es in Griechenland nicht. In Thessaloniki hat jeder Dritte schon keinen staatlichen Versicherungsschutz mehr. Um die vielen nicht-versicherten Menschen behandeln zu können, haben sich über 200 solidarische Ärztinnen und Ärzte in ganz Griechenland zusammengeschlossen und die „Gesellschaft der kostenlosen Arzthilfe“ gegründet.

„Hier werden alle Menschen behandelt, eine Kontrolle von Papieren gibt es nicht.“ Angefangen hat es mit der Gesellschaft 2010 in Athen. Damals versorgten Ärzte MigrantInnen, die sich im Hungerstreik befanden, mit Medikamenten. Später behandelten sie alle MigrantInnen die in staatlichen Praxen nicht medizinisch versorgt werden durften. Und dann behandelten sie auch Griechinnen und Griechen, die unter der Wirtschaftskrise litten und ihren Ver-



# Fortsetzung: Solidaritätsreise

sicherungsschutz verloren haben. Heute sind schon 75% der PatientInnen, die in einem der 25 Zentren des Landes behandelt werden Griechen.

In Thessaloniki haben im November 2011 sieben Ärzte und HelferInnen die Gesellschaft gegründet. Inzwischen sind es 250 Mitglieder: 180 Ärztinnen und Ärzte, davon 50 Zahnärzte und 70 HelferInnen. Zu tun gibt es eine ganze Menge und es wird von Tag zu Tag mehr. Es braucht Menschen, die am Empfangstisch sitzen und die Patientendaten aufnehmen, es braucht eine/n Sekretär/in, jemanden zum Verwalten des Lagers, Öffentlichkeitsarbeiter und Gesundheitsberater. Und natürlich die behandelnden Ärzte. Die wenigsten der jährlich 8000 PatientInnen werden im Haus behandelt, sie werden an die Praxen, die mit der Gesellschaft kooperieren, vermittelt.

An den Wänden hängen Bilder von Freiheitskämpfern, auch die Zapatistische Bewegung wird im Wartezimmer auf einem großen Plakat gerühmt.

Es ist eine große Leistung, die hier von vielen vollbracht wird. Am Ende übergeben wir unsere Spende, die nur wie ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein wirken kann, angesichts der Menge an gebrauchten Medikamenten, Behandlungsmaterial und Gerätschaften.



## M-V hilft!

Das Thema Flüchtlinge beherrscht momentan die Berichterstattung in den Medien und dominiert viele Diskussionen im politischen und auch privaten Bereich.

Wir freuen uns über die großartige Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Hilfe wird im ganzen Land dringend gebraucht. Natürlich helfen überall auch Mitglieder unserer Partei. DIE LINKE will diese Hilfsbereitschaft unterstützen.

Auf den Sonderseiten auf unserer Homepage ([www. http://www.originalsozial.de/politik/m\\_v\\_hilft](http://www.originalsozial.de/politik/m_v_hilft)) findet sich eine Karte mit Kontakten zu zahlreichen Initiativen, Vereinen und Institutionen die sich vor Ort für Flüchtlinge engagieren. Wenn Du helfen willst, helfen wir, den Kontakt herzustellen.



Nun muss ich zum Ende kommen mit meinem Bericht, da es den Rahmen dieser Zeitung sprengen würde noch mehr zu schreiben. Ich möchte aber auf unsere Seite im Internet verweisen. Hier haben wir die meisten von uns besuchten Projekte ausführlich beschrieben: [soliforgreece.blogspot.de](http://soliforgreece.blogspot.de)

Und an folgenden Terminen veranstalten wir einen Vortrag zu der Reise:

*Am 13. Oktober um 18 Uhr während des Basistreffen der Ortsgruppe Südstadt im Seniorentreff Berghotel Südring 28B*

*Am 15. Oktober um 19 Uhr im Peter-Weiss-Haus*

*Am 21. Oktober um 18 Uhr während des Basistreffen der Ortsgruppe Reutershagen in der Volkssolidarität*

Heute ist der 22. September und die Griechinnen und Griechen haben sich am 20. September wieder für eine linke Regierung

Außerdem bieten wir Hintergrundmaterial mit Fakten zum Thema Flüchtlinge und Asyl. Denn es kursieren viele Gerüchte und Vorurteile dazu. Wir wollen helfen, diese abzubauen.

Vielen Dank für das Engagement! M-V hilft.

Auch auf Facebook ist „M-V hilft“ zu finden

entschieden. Auch wenn es viel Kritik gibt und die Auswirkungen nun andere sind als sich viele Griechen das Anfang des Jahres erhofft hatten, ist es doch immer noch die bessere Alternative als alles andere.

Dass SYRIZA in der Regierung ist, war an vielen Ecken in Griechenland zu spüren. Es gibt weitaus weniger staatliche Repression gegen linke, anarchistische Menschen und Projekte. Besetzte Häuser und soziale Zentren können bestehen bleiben und müssen kein Aus fürchten. Hoffen wir, dass sich die Situation für die Menschen in Griechenland und den Menschen die aus ihren Heimatorten durch Krieg und Gewalt vertrieben wurden schnell bessert.

Wir haben einen kleinen Beitrag dazu geleistet, durch konkrete Taten, durch konkreten Kontakt zu vielen Menschen, zu anderen linken Organisationen. Wir haben das Bild der „Deutschen“ dort verändert wo wir waren. Wir haben den Weg für langfristige Kontakt- und Austauschmöglichkeiten geschaffen. Nun heißt es, dabei bleiben und weitermachen!

Vielen Dank für Eure zahlreichen Spenden. Sie wurden gut verteilt.

*Eure Katharina Schlaack*

Liebe Kolleginnen und Kollegen Betriebs- und Personalräte, liebe gewerkschaftlich Interessierte!

Hiermit bitten wir Sie und Euch, den **24. November 2015 in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern)** für die Teilnahme an der **Gewerkschaftspolitischen Konferenz / Landesweiten Betriebs- und Personalrätekonferenz** der Landtagsfraktion, der Landesarbeitsgemeinschaft betrieb & gewerkschaft und des Landesverbandes DIE LINKE vorzumerken.

Unter dem Motto **„Das muss drin sein – Gute Arbeit statt prekäre und atypische Beschäftigung für Mecklenburg-Vorpommern“** wollen wir mit euch diskutieren und Erfahrungen darüber austauschen, wo der Schuh drückt und was getan werden muss, um gute Arbeit für die Beschäftigten in M-V zu erreichen bzw. zu sichern!

*Mit kollegialen Grüßen, Henning Foerster, Arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE*

# Inklusionstagung am 24. Oktober in Rostock

Auf dem Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern am 6.12.2014 wurde der Beschluss „Gemeinsam ein gutes Land für ALLE gestalten - DIE LINKE M-V auf dem Weg zu einem Aktionsplan INKLUSION“ einheitlich gefasst. In diesem Beschluss wurde unter anderem festgelegt, im vierten Quartal 2015 ein thematisches Arbeitstreffen aller Strukturen zum Thema Inklusion durchzuführen. Dieses Arbeitstreffen wird am 24.10.2015 im weitgehend barrierefreien HotelSportforum (Kopernikusstr. 17A in 18057 Rostock) stattfinden. Dieses Hotel ist relativ gut mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln zu erreichen. Zu dieser Veranstaltung sind alle an diesem Thema Interessierten herzlich einladen.

## Geplanter Ablauf der Veranstaltung

- ab 10.00 Uhr Ankunft + Kaffee und Imbiss
- 10.30 Uhr Begrüßung durch den Inklusionsbeirat + Grußworte
- 11.00 Uhr Wo stehen wir bei der Umsetzung von Inklusion in Deutschland und welche Bedeutung hat dabei das Bundesteilhabegesetz? Vortrag von Sonja Kemnitz (Referentin für Gesundheits- und Pflegepolitik in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Berlin, bis April 2014 Sprecherin der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik)  
- 11.30 Uhr Das Konzept zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Partei DIE LINKE – die Umsetzung in der Bundespartei und in NRW, Vortrag von Rolf Kohn, Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und Sprecher der LAG NRW, Fraktionssprecher der Fraktion DIE LINKE im LWL  
- 12.00 Uhr Fragerunde zu beiden Vorträgen  
- 12.30 Uhr Mittagspause  
- 13.30 Uhr Wo stehen wir bei der Umsetzung der Inklusion in MV?

**Impulsreferate** von jeweils 10 Minuten aus einzelnen Politikfeldern (Bewusstseinsbildung, Bildung, Arbeit, ÖPNV, inklusive Sozialräume, barrierefreie Kommunikation)

1. Wie kann es uns gelingen, das Bewusstsein, dass Inklusion ein Thema ist, das alle Menschen angeht, zu erhöhen? (Margit Glasow)
2. Welches sind unsere Ziele in der schulischen Inklusion? Wo wollen wir langfristig hin und wie kann der Weg dorthin aussehen? (Simone Oldenburg)
3. Welche Maßnahmen sind notwendig, um die Eingliederungschancen von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen

Arbeitsmarkt zu erhöhen? (n.n.)  
4. Wie kann der ÖPNV, insbesondere in den ländlichen Regionen, weiter barrierefrei ausgebaut werden? (angefragt Wolfgang Iltter)  
5. Welche gemeinsame Strategie aller Akteure vor Ort brauchen wir zur Schaffung inklusiver Sozialräume? (angefragt Antje Bernier)  
6. Wie kann eine bedarfsgerechte Pflege und Gesundheitsversorgung für alle Menschen aussehen? (Torsten Koplin)

- 14.30 Uhr **Arbeitsgruppen** zu den o. g. 6 Politikfeldern unter dem Aspekt der Frage: Welches sind die nächsten Aufgaben in MV? Was muss in den Aktionsplan INKLUSION?  
- 16.00 Uhr Kaffeepause  
- 16.30 Uhr Zusammenfassung der Diskussion aus den Arbeitsgruppen  
- 17.00 Uhr Erarbeitung der Prioritätenliste für das Landeswahlprogramm  
- 17.30 Uhr Schlusswort/Heimreise

Der Inklusionsbeirat freut sich über zahlreiche Anmeldungen bei: Birgit Niemann  
Tel. 0385 76010  
mailto:lgst@die-linke-mv.de

# Inklusionstagung am 24. Oktober in Rostock

Die Spitzen der demokratischen Fraktionen sowie Regierungsvertreter haben auf Einladung des Ministerpräsidenten Erwin Sellering über den Schulfrieden für Inklusion verhandelt und ein abschließendes Ergebnis erzielt. Ziel des Schulfriedens ist die schrittweise Einführung der Inklusion im Rahmen eines fraktionsübergreifenden Konsenses. Die Beteiligten haben sich darauf verständigt, an diesem Kompromiss auch über Wahlperioden hinweg festzuhalten. Außerdem sollen zusätzliche Stellen für die Inklusion bereitgestellt werden. Trotz langwieriger Verhandlungen hat sich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nicht in der Lage gesehen, dem Kompromiss zuzustimmen.

Es ist gelungen die große Herausforderung Inklusion auf eine vernünftige Basis zu stellen. Die Einsicht, dass Inklusion nicht zum Null-

tarif zu haben ist, hat sich durchgesetzt, entsprechende materielle Grundlagen wurden verabredet. Die Linksfraktion hat nach langwierigen Verhandlungen erreicht, dass für das gemeinsame Lernen von Kin-

mehr Stellen zur Verfügung stehen werden als bisher. Beginnend ab dem Schuljahr 2017/2018 sollen schrittweise 240 Lehrkräfte zusätzlich zur Verfügung stehen. Das Gesamtpaket schlägt mit rund 20

Mio. Euro zu Buche. Zugleich wurde vereinbart, dass die Integration und der Unterricht der Flüchtlingskinder weder zu Lasten des regulären noch des inklusiven Unterrichts gehen dürfen.

Insgesamt sollen bis 2020 schrittweise 200 landesfinanzierte Stellen und etwa 40 ESF-finanzierte Stellen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die ESF-finanzierten Stellen sollen nach 2020 durch Landesmittel verstetigt werden. Hinzu treten zwischen 2016 bis 2020 insgesamt mindestens 15 Mio. Euro aus dem EFRE zur Kofinanzierung investiver Maßnahmen an Schulen.



dern mit und ohne Förderbedarf deutlich

Text und Foto: [www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



# Deutscher Seniorentag

**Nachlese zum „11. Deutscher Seniorentag 2015“ vom 02.07.-04.07.2015 in Frankfurt am Main**

An zwölfter Stelle steht die Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei „Die Linke“ (BAG) in der Aufstellung der 112 BAGSO Verbände, die etwa 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland vertreten. Die BAG, die von Karin und Frieder geleitet wird, hatte einen eigenen Stand, den sie gemeinsam mit der hessischen Landesarbeitsgemeinschaft Senioren (LAG) aufgebaut hatten und betreuten.

Im Auftrage der LAG Senioren M-V fuhr ich am 02. Juli 2015 nach Frankfurt a.M., um am 11. Deutschen Seniorentag teilzunehmen. Nachdem ich in Frankfurt gegen 13:00 h relativ pünktlich angekommen und meine Anmeldung nach einigen Problemen gelöst war, machte ich mich auf den Weg und begegnete dem Genossen aus Sachsen-Anhalt der schon von seinem Besuch auf dem Seniorentag zurückkam und mit mir das Zimmer teilte. Es war also entsprechend spät.

Die Bundeskanzlerin Dr. A. Merkel hatte schon die Festansprache gehalten, nachdem Frau Prof. Dr. Ursula Lehr den Seniorentag eröffnet, der OB der Stadt Frankfurt am Main Peter Feldmann und Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration in Hessen, die Grußworte überbracht hatten. Bundesministerin Manuela Schwesig hatte natürlich auch schon die Messe SenNova eröffnet, an der sich ca. 219 Aussteller beteiligten.

Nach einigem Suchen fand ich unseren BAG-Stand und gab die mitgebrachten Flyer „Für ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben im Alter“ der AG Rostock (wurde als gut angenommen) und einige andere Kleinigkeiten zum Verteilen ab. Danach verschaffte ich mir einen räumlichen Überblick im Congress Center Messe Frankfurt. Es war nicht mehr viel Zeit, denn wir wollten uns in unserem Hotel um 18:00 h treffen, um von dort gemeinsam zur Be-

ratung der BAG zu fahren.

Hier wurde der Bielefelder Parteitag vom 06./07. Juni von Frieder Rabe ausgewertet und diskutiert.

Einige Splitter:

- die Haltung des Bielefelder Oberbürgermeisters Pit Clausen, der den Respekt des Miteinander-Umgehens, auch bei aller politischer Konkurrenz, in der Zusammenarbeit hervorhob und dabei unsere Partei besonders herausstellte, wurde als gute Haltung bewertet

- Hans Modrow wurde für seine kämpferische Rede und als Streiter für den Ältestenrat und die Senioren genannt, der seinen reichen Erfahrungsschatz im Kampf um die Entwicklung strategischer Positionen einbringen kann. Dabei wurde seine Position zum Frieden besonders hervorgehoben

- Katja Kippings Version vom demokratischen, feministischen, ökologischen und lustvollen Sozialismus wurde ebenfalls angesprochen, und die Pfade, die wir dabei gehen wollen, sind gegen die Allmacht des Kapitals gerichtet usw.

- bei alledem wurde von Anfang an die Rede von Gregor Gysi mit Spannung erwartet und übertraf die Erwartungen bei Weitem. Sie ist einfach gut und wird uns auch in Zukunft immer wieder darauf zurückgreifen lassen. Seine achtungsvolle Verbeugung vor den Delegierten drückt aus, dass er versucht hat, alles und etwas mehr zu geben. Er umriss auch die großen Aufgaben, die zukünftig von der Partei zu lösen sein werden.

Wir haben auch darüber diskutiert, ob es richtig ist, Diskussionen einfach abzuwürgen (d.h. das Mehrheitsvotum müsste letztlich von allen anerkannt werden), und dass die Sterbehilfe eine größere Bedeutung bekommen muss, dass die Altersdiskriminierung überwunden, dass die Themeninhalte von Foren mit kompetenten Vortragenden auch in den BO Niederschlag finden und weitergetragen werden sollten.

Die nächste BAG wird am 29. Oktober in Magdeburg in Sachsen-Anhalt durchge-

führt.

Nachdem ich aufgrund der Verspätung nicht mehr an der Veranstaltung „Sorge und Mitverantwortung“ mit u.a. Prof. Dehne von der HS Neubrandenburg teilnehmen konnte, nahm ich am 03. Juli um 09:30 h an „Digitale Welt und Technik und Technik als Chance“ teil.

Hier hat mich doch noch einmal beeindruckt, wie deutlich gemacht wurde, welche Entwicklung wir seit den 90-er Jahren durchgemacht haben. So z. B. dass es im Bundestag ein Gesetz gab, welches aus sagte, dass über 50-Jährigen eine Internet-schulung nicht mehr zugemutet werden darf. Oder auch, dass jede Generation eine Zeit hat, wo die Eltern bestimmte Dinge ihrer Zeit nicht mehr verstehen. Beim Internet Banking ist heute der Hauptanteil 50-jährig. Der älteste Kunde ist aber 108 Jahre alt. Hier wird deutlich, welche Entwicklung wir in den letzten 25 Jahren genommen haben und wie sich die Einstellung zum lebenslangen Lernen und Beschäftigen geändert hat. Außerdem nahm ich am Nachmittag mit dem Gen. aus Sachsen-Anhalt an dem Podiumsgespräch „Alt und Jung – zwei Welten?“ teil, in dem sich Dr. h.c. Petra Roth, OB a. D. von Frankfurt, und Franz Müntefering den Schülerinnen und Schülern des Frankfurter Lessing-Gymnasiums stellten und ein Nebensaal mit Videoübertragung geöffnet werden musste, weil entsprechend viele Zuhörer zu dem genannten Thema anwesend waren. Erfreulich war auf diesem 11. Seniorentag auch, dass viele Jugendliche ihn besuchten und so dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft“ mit Leben erfüllten. Eine Fahrt mit Hans-Jürgen aus Sachsen-Anhalt in der Mittagspause durch Frankfurt mit dem Nahverkehr zum Römer und zum Main in der Nähe des Römers bei über 30° C und die Nachhausefahrt ab 18:58 h beendete morgens gegen 01:45 h die Fahrt mit vielen Eindrücken und Gesprächen.

*Wolfgang Schmidt*

## Gegen Befristung und Leiharbeit

Im Rahmen unserer Kampagne „Das muss drin sein“ trafen sich am Morgen des 22. September vier Mitglieder des LRO-Kreisvorstandes, um ab 6.00 Uhr auf dem Güstrower Bahnhof 50 Tüten an Pendlerinnen und Pendler zu verteilen.

Neben einem Käsebrötchen, Kugelschreiber, Aufkleber und Einkaufschip, wurde vor

allem unser **Aufruf gegen Befristung und Leiharbeit**, die Aktionspostkarte „**Frist oder Stirb**“ sowie die Aufforderung zur Teilnahme an der **Bundesweiten Großdemonstration gegen TTIP und CETA** an 10. Oktober 2015 in Berlin, verteilt. Die „morgendlichen Gaben“ wurden trotz früher Morgenstunde freundlich und dankbar entgegen genommen.

*Peter Hörnig*



# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 1.10.	16:00 Uhr	"Schwerpunkte der Außenpolitik der Russischen Föderation"	Güstrow	Weinbergstr. 28
Sa., 3.10.	ab 14 Uhr	Demokratiefest vor der Villa Kunterbündnis	Güstrow	Pferdemarkt 56
Di., 6.10.	18:00 Uhr	HRO-Kreisvorstand	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 8.10.	16:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Kreishaus
Sa., 10.10.	ab 12 Uhr	Anti-TTIP-Demonstration	Berlin	
Mi., 14.10.	16:30 Uhr	Sitzung des Kreistages		
Do., 15.10.	19:00 Uhr	Vortrag über die Solidaritätsreise nach Griechenland (siehe auch S. 10-12)	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Di., 20.10.	18:30 Uhr	LRO-Kreisvorstand	Kritzkow	"Strike"
Mi., 21.10.		Gesamtmitgliederversammlung Reutershagen		
Di., 27.10.	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde Regine Lück, MdL	Dierkow	Café SBZ Lorenzstr.
Do., 29.10.	15:00 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen: Infoveranstaltung zur Flüchtlingsproblematik	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
7./8.11	10:00 Uhr	Landesparteitag, u.a. mit der Neuwahl des Landesvorstandes, Schiedskommission, etc.	Pasewalk	An der Kürassierkaserne 9
Do., 12.11.	18:30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion	Bad Dob.	Kreishaus
Sa., 14.11.	9-15 Uhr	LRO-Kreisparteitag: Neuwahl Kreisvorstand sowie Delegierte zum BPT	Reins-hagen	"Zur deutschen Eiche"
Sa., 28.11.	09:30 Uhr	Klausur Kreistagsfraktion		
Mo., 30.11.	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde Regine Lück, MdL, im Café des SBZ Toitenwinkel	Rostock	Zum Lebensbaum 16
Di., 8.12.	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung für die Landtagswahlkreise 15 und 16	Güstrow	Bürgerhaus
Do., 10.12.	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung für die Landtagswahlkreise 11 und 12	Reins-hagen	"Zur deutschen Eiche"

In der vergangenen Ausgabe berichteten wir über die Ausstellung von Günter Brock. Dazu schreibt Günter: Vielen Dank, liebe Freunde, dass Ihr mir zu meinem größten Aufwand gratuliert habt. Noch viel mehr Bedeutung hat für mich die fast vollendete „Wahrheit der Bibel“. Hier meine Antwort: „Gott wird kommen und die Armen retten.“ Diesen Satz geschrieben haben die Verfasser der Bibel, als sie von den Begründern der damals entstandenen Feudalherrschaft ab rund dem Jahr 330 nach dem Tode Jesu Christi. Da wurden die echten Nachkämpfer des Jesus niedergeschlagen und nach Babylon hin eingesperrt. Die damaligen Menschen glaubten daran, dass es im Himmel einen Gott gibt, der sie und

alle armen Menschen der Welt ins Glück bringen wird. Inzwischen sind an die 2000 Jahre vergangen. Die kapitalistischen Feudalherren genießen weiter ihre Macht und ihren Reichtum, dürfen weiter Kapital ramschen, wenn sie mehr Kraft und Pfiff haben als bescheidene Menschen. Und das schon 2000 Jahre lang – Gott ist nicht gekommen. Die Feudalherren können sich weiter freuen. Könnte es aber dazu kommen, dass ein neuer Jesus von Gott aufgefördert wird, das Menschenelend abzuschaffen, oder es ruft sich einer selbst zu einem aufstehenden Jesus!

Herzlichen Gruß,  
Günter Brock

## Klimaaktionstag in der Langen Straße - Wir waren dabei!

Unser Motto lautete „Kritische Kartographie“, eine alternative Darstellung der Weltkarte mit den Schwerpunkten Klimaveränderung, ökologischer Fußabdruck und Reichtumsverteilung. Mit Straßenkreide haben wir unsere Themen „auf die Straße“ gebracht. Viele Kinder beteiligten sich und verwandelten das graue Pflaster zu einem großen bunten Kunstwerk. Beim Dosenwerfen und Boote falten gab es auch kleine Gewinne. Regine Lück war dabei und hat für das Mobilitätskonzept der LINKEN geworben.

Am Sonntag, den 20. September waren wir zwischen 13 und 17 Uhr mit einem eigenen Stand in der Langen

Straße dabei als es hieß: „Straße frei!“ für Klimaschutz und Mobilität. Zusammen mit zahlreichen Ausstellern, Vereinen und Initiativen haben wir Parktaschen für ein buntes Aktions- und Mitmachprogramm besetzt.



# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

Die Linksfraktion im Landtag begrüßt die im Bundesrat getroffene Entscheidung, dem Bundestag zu empfehlen, gesetzliche Regelungen für eine „Ehe für Alle“ auf den Weg zu bringen. „Wie sich Mecklenburg-Vorpommern dazu im Bundesrat Verhalten hat, ist leider nicht bekannt“, erklärte der gleichstellungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter. Erst am Tage zuvor haben die Koalitionsfraktionen den Antrag seiner Fraktion, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat öffentlich zu machen, abgelehnt.

„Es wäre zu begrüßen, wenn M-V im Bundesrat zu den Befürwortern gehörte“, so Ritter. Die Chancen dafür stünden allerdings schlecht. „Obwohl auch die SPD für die Gleichstellung von lesbischen und schwulen Paaren ist, hat die Koalition in Schwerin bereits im Juni einen Antrag meiner Fraktion abgelehnt, die Bundesratsinitiative ‚Ehe für alle‘ zu unterstützen“, sagte Ritter.



# Geld ist eben nicht alles

Sehr gut. Der Bund wird 2016 wohl weitere drei Milliarden Euro an die Kommunen überweisen, damit die ihre Aufgaben im Bereich der Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen können. Ein richtiger, wenn auch zu kurzer Schritt. Natürlich ist Geld auch bei diesem Thema wichtig. Aber es ist längst nicht alles. Aus der Praxis als zuständiger Senator fallen mir viele andere Dinge ein, die sofort und effektiv helfen würden. Um es auch vorneweg und ganz klar zu sagen: Keine Regelung über sichere Drittstaaten und keine Ankündigung schnellerer Rückführungen wird irgendwem helfen. Die Rückkehr zum Sachleistungsprinzip verursacht einen gigantischen Mehraufwand in der Verwaltung und schafft garantiert neue Konfliktpotenziale. Derartige Dinge helfen am Stammtisch, aber nicht bei der Arbeit.

Man möchte meinen, in Deutschland sei alles geregelt. Das ist natürlich nicht so. Viele haben sich berechtigt über die Forderung des Erfurter Oberbürgermeisters aufgeregt, dass Flüchtlingskinder nicht grundsätzlich der Schulpflicht unterliegen sollen. Wie kommt man denn auf so eine Forderung,

wenn eigentlich alles klar ist? Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es tatsächlich oft nur über Auslegungen der Schulgesetze der Länder gelingt, eine Schulpflicht zu erkennen. Um es klar zu sagen: Natürlich werden wir in Rostock alle Kinder und Jugendlichen in die Schule schicken. Für mich hat Schulpflicht keinen Ausweis. Klar geregelt ist das in den Bundesgesetzen über den Status der Flüchtlinge aber nicht. Das muss geändert werden.

Wir möchten die neuen Nachbarn gern in den Arbeitsmarkt integrieren. Das hilft allen. Doch noch immer stehen Dinge wie die Vorrangprüfung und Sprachkundefürungen im Weg. Nur wenn nachweislich kein EU-Bürger die freie Stelle antreten möchte, darf sie durch Migrantinnen und Migranten besetzt werden. Diese Regelung ist integrationsfeindlich und geht an der Realität vorbei.

Wir haben in der Stadt Unternehmen, die junge Flüchtlinge ausbilden wollen und sich dabei von der Sprachbarriere nicht

abschrecken lassen. Bei allen Schwierigkeiten kann das mit unter 18-Jährigen gelingen. Sobald die Flüchtlinge älter sind, wird es kompliziert. Macht es möglich, dass Flüchtlinge – vor allem in den sogenannten Mangelberufen – anfangen können, auch wenn sie älter als 18 sind!

Ich bin mir sicher, dass es für jede Regelung im Baugesetzbuch wichtige Gründe gibt. Allen, die die Kommunalpolitik schon immer für das Einfallstor der Reaktion gehalten haben, gieße ich jetzt sicher Wasser auf die Mühlen: Wenn ich die Wahl habe, ob die EnEV (Energieeinsparverordnung) eingehalten wird oder ich nur eben ein paar Fenster auswechsele, entscheide ich mich für die zweite Variante und habe binnen kürzester Zeit neue Plätze für die

Unterbringung. Bei strenger Auslegung kann man das für rechtswidrig halten. Für Büroräume eine Umnutzungserlaubnis zu bekommen, selbst wenn sanitäre Einrichtungen etc. vorhanden sind, dauert mindestens vier bis fünf Wochen. Das liegt nicht daran, dass die Leute in den kommunalen Bauämtern langsam sind. Es liegt an den Vorschriften. Wer von

den Kommunen erwartet, dass sie Unterkünfte bereitstellen, der muss die Verfahren dafür verschlanken und beschleunigen. In Rostock sind etwa die Hälfte aller Flüchtlinge dezentral in Wohnungen untergebracht. Das werden wir nicht mehr lange durchhalten. Vom allgemeinen Wohnungsmangel (ca. zwei Prozent Leerstand) abgesehen, liegt das Mietniveau in vielen Stadtteilen über der „Richtlinie über die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft“, kurz KdU-Richtlinie. Im Ergebnis können wir Wohnungen fast nur dort anmieten, wo es schon große soziale Probleme gibt, und wir nehmen uns die Möglichkeit, die stabilen Sozialräume einzubinden. Und jetzt bin ich doch wieder beim Geld gelandet. Aber trotzdem, ist Geld eben nicht alles.

*Steffen Bockhahn, Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport der Hansestadt Rostock*

Text: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de);

Foto: [www.bockhahn.de](http://www.bockhahn.de)



**Gewinner:** Frank Kracht, Kandidat der LINKEN, wurde zum Bürgermeister von Saßnitz gewählt. Wir wünschen ihm viel Erfolg zum Wohle der Saßnitzer!

**Verlierer:** Mal wieder die Demoskopien. Sie sagten für die Griechenlandwahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus und bewiesen damit, dass Wahlprognosen so zuverlässig sind wie Wetterberichte.

## Monatszitate

„Die wirklich teuren Flüchtlinge, das sind nicht die, die vor Krieg und Terror fliehen. Die wirklich teuren, das sind die Steuerflüchtlinge, das sind die Konzerne und reichsten Familien, die mit tausend Tricks die öffentliche Hand in Deutschland jedes Jahr um bis zu 100 Milliarden Euro prellen.“ (Sahra Wagenknecht)

## Monatszahl

Die Wahlbeteiligung in Griechenland lag nur bei 55 %. Die Politik der Troika zerstört die Demokratie, wenn die Wähler nur noch darüber zu bestimmen haben, wer eine aufgezwungene Politik umzusetzen hat.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wie heißt der Slogan der LINKEN zur Landtagswahl 2016?
2. Wer soll Spitzenkandidat zur Landtagswahl werden?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.11.2015**